"America first" – ein Anspruch, der alle anderen Mächte in die Schranken weisen will

Protektionismus 1 und 2 hlz 3-4/2018

Im deutschen Blätterwald und in der Politik rauscht es gewaltig: Trump ist "kein verlässlicher Partner" Europas mehr; der "Autokrat" beraubt Deutschland seiner 2 Säulen: der Sicherheit. dass die Amis ..uns beschützen" und dass "die Weltwirtschaft offen bleibt". Die Kanzlerin glaubt, "dass Abschottung uns nicht weiterführt" und "Protektionismus nicht die richtige Antwort ist." Beide Seiten bemängeln, dass "die Dinge nicht fair zugehen", "that's unfair" (Zitate kursiv, hlz 3-4/18, 32-36). Europa ist verletzlich, und so muss es zu einer "deutlichen Verstärkung der europäischen Verteidigungsanstrengungen in der Nato" (AK der CSU) kommen, um Europa "außenpoltisch und militärisch auf eigene Füße zu stellen" (ard.de). Trump hat inzwischen all seine Drohungen umgesetzt, denn die "very bad Germans" verarmen sein Land: Importe aus China und der EU vernichten Arbeitsplätze in den USA. So verfügt er Strafzölle wegen der Handelsüberschüsse. kündigt Atom- und Klimaabkommen auf und geißelt den geringen deutschen Beitrag zu den Militärausgaben.

Auch die vorletzte *hlz* befasste sich mit der Aufkündigung der alten Weltlage, die seit Ende des 2. Weltkriegs Bestand hatte. Hier einige ergänzende Anmerkungen.

Geschützter Wirtschaftsraum

Der Verfasser greift in den Artikeln ein wirtschaftspolitisches

Mittel auf nationale Interessen in der globalen Konkurrenz mittels "Protektionismus" abzusichern Dass Nationen mit Zöllen auf Importe ihre Kapitale schützen, ist ein probates Mittel, um deren Konkurrenzfähigkeit zu erhalten bzw. herzustellen. Nach dem 2. Weltkrieg haben die USA ihre Bündnispartner darauf verpflichtet, untereinander in der ökonomischen Konkurrenz auf Gewalt zu verzichten, um die Kräfte gegen den Feind Sowietunion, mit seiner Art Sozialismus. zu bündeln. Nachdem Trump die "Bedrohung der nationalen Sicherheit" durch China und die Gewinnerstaaten der EU ausgerufen hat, kündigt er die "regelbasierte Weltordnung" auf. Was speziell die Rolle der EU und ihrer Führungsmacht Deutschland trifft

Es stellen sich einige Fragen: Trifft Protektionismus die Sache? Geht es wirklich nur um die Kollision zweier wirtschaftspolitischer Konzepte? Oder beschönigt diese Sichtweise eher das Treiben und das, was globalisierte Ökonomien und Weltpolitik in der Konkurrenz der Nationalstaaten anrichten?

Lohndumping steht für den immensen Exportüberschuss

Der Verfasser fordert Maßnahmen zur Umkehr deutscher Politik, die nicht nur im Süden der EU im hohen Maß Schädigungen bis zur massenhaften Verelendung bewirkt hat. Grund: Deutschland hat, mit dem größten Niedriglohnsektor Europas, in dem fast jeder Vierte arbeitet, die prekären Lebensverhältnisse rücksichtslos ausgeweitet. Gegenzusteuern sei u.a. mit Lohnzuwachs

Steigende Löhne für Deutschland

Ist die Argumentation stimmig, die in Anlehnung an den Ökonomen H. Flassbeck (..Deutschland braucht steigende Löhne, 5 Prozent pro Jahr 5 Jahre lang") vorgetragen wird? Seltsam, dass Deutschland höhere Löhne nötig hat und nicht die arbeitenden Menschen, denen über Jahre Lohnverzicht aufgezwungen wurde; in der letzten Dekade sanken die Reallöhne um 6.3 Prozent. Weil Deutschland eine der führenden Exportnationen ist, anderer Länder Wirtschaft schädigt, sollen die abhängig Beschäftigten ein, zwei Lohnprozente mehr erhalten. Damit soll ein abhanden gekom*außenwirtschaftliches* menes Gleichgewicht wieder hergestellt werden, um so die USA zufrieden zu stellen; dann wäre das Thema durch. Das soll auch für die notleidenden Krisenländer uneingeschränkt gelten, obwohl Deutschland seit der Finanzkrise gegen diese als Lehr- und Zuchtmeister auftritt und ihnen Reformen zur Privatisierung. Lohnund Rentenkürzung, Steuererhöhung oktroviert. Deutschland hat keinen Grund, davon Abstand zu nehmen, seit es sich in der EU über seine 'Marktführerschaft' zum politischen 'Leader' aufgeschwungen hat und dies auch bleiben will und wird, um u. a. keine Gefährdung 'seines' stabilen Geldes zuzulassen, damit internationales Kapital sich auch weiter hier ansiedelt und es zukünftig auch als sicherer Kreditnehmer des Finanzkapitals gilt.

So bleibt die Arbeiterschaft abhängige Variable und damit auf ihre schäbige Rolle mit und ohne Arbeit fürs Kapital politisch festgelegt. Der Kampf um Lohn, der nie ein Ende findet. verweist schlicht auf die Armut derer, die sich für den Reichtum anderer lebenslang krumm legen. "Surplusarbeit" (Marx), die unbezahlte Mehrarbeit für Unternehmer innen, zeigt den Interessensgegensatz, der immer mehr abstrakten Reichtum in Geldform auf der einen Seite bei zunehmender Armut auf der anderen Seite anhäuft. Nun soll der Konkurrenzvorteil, den die Politik ganz gezielt fürs Unternehmerwohl eingerichtet hat. gegenüber Konkurrenzverlierern innerhalb und außerhalb der EU wieder aufgehoben werden - ein logisches Unding. Flassbecks "Zauberformel" ignoriert die

politökonomische Wucht dieser Gegensätze. Für "Verteilungsgerechtigkeit", der moralische Begleitattitüde in der beinharten Konkurrenz, soll der Standortvorteil geopfert werden, gerade von Deutschland, das sich seit Jahren nicht um "EU-Regeln" (ard.de 4.6.) schert.

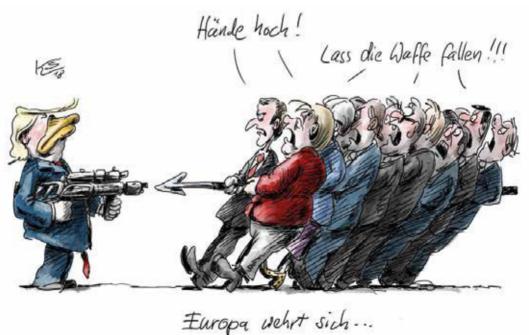
Konkurrenz oder Wettbewerb?

Der harte Kern der Konkurrenz. die als friedlich-schiedlicher Wettbewerb gedeutet wird, schafft über Kapitalgröße und Rentabilität Gewinner, die über das Abjagen von Marktanteilen andere Kapitale zu Verlierern macht - bis hin zu deren Ruinierung. Wechselseitige Benutzung heißt eben nicht Nutznieß für alle, das besagte Gemeinschaftswerk hat keinen gemeinsamen Zweck, dass jeder etwas ökonomisch zu diesem Projekt beiträgt und etwas daraus erhält. Bilanziert wird national. So scheiden sich Nationen in wenige reiche und viele arme. Ähnlich die gesellschaftliche Scheidung: bleibt für die große Masse bei der Armut und beim Reichtum

der Wenigen. Friedlich-schiedlicher Handel zum gegenseitigen Vorteil von Nationen blamiert sich an der Realität, wo zwischenstaatlichen Erpressungen, Gewalt und Kredit, Geschäft und Waffen, Diplomatie und Militärmanöver bestimmende Größen sind.

70 Jahre ohne Krieg sollen für Europas Friedensprojekt stehen, dabei sind die Kriege nicht weniger geworden, an denen die Metropolen beteiligt sind. Das zeigt, dass das Geschäft mit Warenund Kapitalexport nicht nur die Gewinne der nationalen Kapitale sprudeln lässt, sondern auch für eine Zunahme der Machtfülle der Politik und ein Anwachsen einschlägiger Konfliktfälle steht.

Marx Analyse hat die Verdunklungsbrille von den Augen der Nationalökonomen weggerissen und den Reichtum der sogenannten Leistungsträger und Tüchtigen als Produkt einer Wirtschaftsweise, die auf Enteignung der "unmittelbaren Produzenten" und somit auf Ausbeutung beruht, kenntlich gemacht.



"Gleichgewicht" – ein Ideal aus dem Wirtschaftslehrbuch

Zu fragen ist, ob der Begriff ..außenwirtschaftliches Gleichgewicht" (den Flassbeck für zentral hält) das wirtschaftliche Geschehen weltweit und in Europa korrekt bestimmt oder Wunschdenken ist? Beim Gleichgewicht im Inneren sollen sich die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage ausgleichen. Die VWL stellt sich das so vor: hohe Nachfrage erhöht den Preis, großes Angebot senkt den Preis. Auf den Märkten findet das Gegenteil statt: Es ist ein Ideal, dass die Preise der Waren immer weiter gesenkt werden, bis alles verkauft ist. Drei Optionen haben Kapitale: Rabattaktionen wie Schlussverkauf. Einlagerung oder Vernichtung der Ware.

Beim Außenhandel gibt es ein ähnliches Ideal: Ausfuhren und Einfuhren sollen relativ ausgeglichen sein, so die Wirtschaftstheorie. Die Währung soll in etwa den Stand des Werts der Wirtschaft abbilden. Die besteht aus vielen Komponenten, u.a. der Geldpolitik der Nation, seiner Nachfrage wegen Geschäftstätigkeit, dem Status der Währung weltweit, künftige Entwicklung von Politik und Wirtschaft (siehe Trump) und nicht unerheblich führt die Spekulation auf den zukünftigen Gang diese Währung zum Anstieg oder Fall des Kurses. Der Kurs wirkt nicht als Korrektiv. Bei Nichteinhaltung sorgt sich die Theorie um das weitere Funktionieren des Kapitalismus. Ein Ungleichgewicht, das zu krisenhaften Verwerfungen unter Nationen führt, wird nicht aus dem normalen Gang der Kapitalverwertung erklärt, sondern aus einer Abweichung vom reibungslosen Ablauf. Was so viel heißt: der Kapitalismus müsste eigentlich alle Interessen vom Profit bis zum ausreichenden Lohn bedienen. Die ökonomische Wirklichkeit sieht anders aus und verläuft nicht gleichmäßig, was die Einteilung

in die 1., 2. und 3. Welt bezeugt. Produktivitätssteigerungen. neue Technik und Lohndumping neben nichttarifären Handelshemmnissen etc sind die Mittel, Konkurrenten aus dem Weg zu räumen. Schon ist der Ausgleich futsch! Am Beispiel Griechenlands ist zu besichtigen, wie Konkurrenzniederlagen zu Deindustrialisierung führen, das Land wird auf Olivenanbau und Tourismus zurechtgestutzt - mit all den katastrophalen Folgen für die Wirtschaft und die darin noch arbeitenden Menschen

EU – ein friedensstiftender Zusammenschluss im Namen der "Völkerverständigung" oder ein imperialistisches Bündnis, das den USA die Weltmacht bestreiten will?

Der ideologische Begriff der sozialen Marktwirtschaft als Kapitalismus wird enttarnt. So weit, so treffend. Es wäre zu prüfen, wie es sich mit den Markenzeichen der EU verhält, die dieses Projekt so einmalig machen sollen: Wohlstand und Frieden und europäische Werte. Der Topos Wohlstand wird folgend exemplarisch beleuchtet:

Der "Wohlstand der Völker" soll nach 2 Jahrzehnten größer sein als zu Beginn. Für die Sieger- bzw. Gläubigernationen wie Deutschland trifft das in der Tat zu, bei den Verlierernationen ist die Wirtschafsleistung eingebrochen und die soziale Verarmung vorangetrieben worden. Der Abstand zwischen den Nationen ist größer geworden, vom europäischen Gemeinwohl zu sprechen. schlicht kontrafaktisch. Aus Spanien wird von einer "verlorenen Generation" berichtet, weil 50 Prozent der jungen Menschen arbeitslos sind. Ebenso ist in Deutschland die arbeitende Bevölkerung nicht der Profiteur der Geschäfte. Viel Leistung für wenig Lohn ist die Prämisse, so sind Exporte konkurrenzlos billig. Öffentlichkeit und Politik verbreiten unisono, der Wohlstand sei durch die EU gewachsen und verwechselt zielstrebig den Wachstumserfolg der Nation mit dem Wohlergehen der arbeitenden Bevölkerung.

Wenn sich – seit den Gründerjahren – die EU den Menschen als ein harmloser Bund befreundeter Völker darstellt, der seinen Bürger_innen mit einem riesigen Binnenmarkt und einer Einheitswährung das Geldwechseln und Grenzformalitäten erspart, so sind aus dem jetzigen Zustand andere Lehren zu ziehen. Ökonomisch sowieso (s.o.).

Aktuell sieht sich die EU schärferen Formen des Handelsstreits gegenüber, preist sich als Zentrum der Vernunft und die Kanzlerin fordert wiederholt, in stürmischen Zeiten müsse die EU noch viel enger zusammenrücken, um sich als Hort des zivilisierten Kapitalismus weltweit durchzusetzen. Sie fordert ein "United Europa". Die Führungsmacht will konsequente Gefolgschaft aller Mitgliedsstaaten für ihr Vorhaben, um die EU als globalen Akteur auf der Weltbühne zu etablieren.

Fazit: Die positiven Schlagzeilen der EU sind eher als Schönfärberei zu verorten ähnlich wie die Beschwörungen, eigentlich könnte man das Ganze ins Gleichgewicht bringen. Der Erfolg der EU und des Hegemons Deutschland ist durch Amerika ökonomisch erzeugt und durch dessen Gewalt abgesichert, er wird ietzt von Trump angegriffen. Mit einem riesigen Rüstungsprogramm untermauert die Weltmacht ihren Anspruch auf Unterordnung. Darin steckt neben der gnadenlosen ökonomischen Kampfansage jede Menge Kriegsträchtigkeit!

> F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK, Ruheständler